

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

2100-0170

Eisenstadt, am 26. Juni 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Mag. Thomas Grandits, Mario Jaksch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine Verzerrung durch privilegierten Lohn – gerechte Gehaltsstrukturen für alle Berufsfelder sicherstellen“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Keine Verzerrung durch privilegierten Lohn – gerechte Gehaltsstrukturen für alle Berufsfelder sicherstellen“

Ein faires und nachhaltiges Lohnsystem im Burgenland kann nur dann bestehen, wenn gesellschaftliche Leistung, reale Arbeitsbelastung, Ausbildung und Verantwortung in allen Sektoren anerkannt und entsprechend vergütet werden. Die derzeitige Entwicklung droht jedoch, sowohl den Landesdienst zu entwerten als auch die private Wirtschaft zu schwächen.

Die Einführung eines pauschalen „privilegierten Lohns“ von mindestens 2.320 Euro netto im öffentlichen Dienst des Landes Burgenland hat in ihrer undifferenzierten und wenig durchdachten Ausgestaltung zu mehr als unerwünschten Effekten auf dem burgenländischen Arbeitsmarkt geführt.

Dabei ist ausdrücklich festzuhalten: Der öffentliche Dienst und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten Großartiges für die Allgemeinheit.

Verbesserungsvorschläge richten sich nicht keinesfalls gegen jene Menschen, die tagtäglich dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur sauber und funktionstüchtig bleibt. Es ist jedoch notwendig, im öffentlichen Dienst Leistung, Verantwortung und Qualifikation nicht isoliert, sondern gleichermaßen zu berücksichtigen und damit dem Prinzip von Fairness und Vernunft gerecht zu werden.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen deutlich:

Eine pauschale Anhebung von Gehältern in einem isolierten Bereich führt nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu unerträglichen Ungerechtigkeiten. Sie untergräbt die Attraktivität anspruchsvoller Berufsfelder, sowohl im Landesdienst als auch in der Privatwirtschaft.

Unternehmen im freien Wettbewerb können mit den durch öffentliche Mittel querfinanzierten Gehaltsniveaus oft nicht mithalten, gerade im Bereich einfacher Tätigkeiten. Dadurch geraten heimische Betriebe unter Druck, dass gefährdet regionale Betriebe und führt zu einer marktverzerrenden Abwanderung von Arbeitskräften in den Landesdienst.

Eine nachhaltige Lohnpolitik muss unterschiedliche Anforderungen, Qualifikationen und Belastungen berücksichtigen, anstatt eine symbolhafte Gleichmacherei zu betreiben, die zu wachsender Unzufriedenheit führt.

Daher fordern die unterzeichnenden Abgeordneten eine grundlegende Neuausrichtung der Gehaltspolitik im öffentlichen Dienst des Burgenlandes, im Sinne von Leistungsgerechtigkeit, Fairness, wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

eine gerechte und leistungsorientierte Neustrukturierung des Gehaltssystems im Landesdienst vorzunehmen, unter besonderer Berücksichtigung von:

- Ausbildung und Qualifikation,
- Verantwortung, Belastung und Arbeitszeit,
- Systemrelevanz und gesellschaftlicher Beitrag,
- der Umsetzung eines differenzierten und nachvollziehbaren Stufensystems,
- verpflichtende Lohntransparenz bei geförderten Projekten ohne faktischen Zwang zur Übernahme des privilegierten Lohns sowie
- die Entlastung der burgenländischen Wirtschaft durch Bürokratieabbau.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss und Sozialausschuss zuzuweisen.